

Auszug aus der Niederschrift 12. Sitzung des Schulausschusses vom 15.09.2022

4.6 Beschulung der Schüler*innen aus der Ukraine

zur Kenntnis genommen

Der aktuelle Sachstand wird von **Herrn Beigeordneten Schmidt** dargestellt.

Mit Stand 15.09.2022 sind 817 ukrainische Flüchtlinge in das Oberhausener Schulsystem integriert worden. 22 Kinder stehen derzeit noch auf einer Warteliste. Im Landesvergleich ist Oberhausen sehr gut aufgestellt. Ein großer Dank für diesen hohen Einsatz bei der schulischen Unterbringung ukrainischer Kinder gilt allen Beteiligten, wie den Schulleitungen, Lehrern, dem Kommunalen Integrationszentrum, und der Schulverwaltung. Der derzeit stagnierende Zuzug ukrainischer Flüchtlinge wird in Oberhausen zentral gesteuert.

Fraktionsübergreifend wird den Beteiligten für den Einsatz gedankt.

Die FDP erkundigt sich nach Hilfestellungen für die Schulen, mit Blick auf Lehrpersonal und Lehrmittel.

Lehrmittel, so **Frau Regionaldezernentin Büschenfeld**, sind nicht das vornehmliche Problem der Schulen, hier gibt es viele Angebote und Unterstützungen. Vielmehr liegen die Probleme in der Personalgestaltung. Derzeit sind sehr „spontane“ Zuweisungen an der Tagesordnung und der „Mehraufwand“ wird im Bestand aufgefangen.

Die CDU fragt nach einer Statistik über die Herkunft der geflüchteten Menschen aus der Ukraine und der damit verbundenen Erkenntnis über eventuell vermehrte Zugänge aus der Partnerstadt Saporischja.

Da nicht alle Flüchtlinge in Oberhausen verbleiben, erkundigt sich die AfD, ob zu 100% bekannt ist, wo diese verbleiben.

Zunächst antwortet **Herr Beigeordneter Schmidt**, dass die Herkunft durchaus erfasst wird, ein vermehrter Zugang aus der Partnerstadt ist allerdings nicht zu verzeichnen. Vielmehr greifen hier Faktoren wie die „Unterbringung“, die über die sozialen Netze in Flüchtlingskreisen kommuniziert werden.

In Summe sind 3711 Flüchtlinge aufgenommen / registriert worden, davon sind noch 3090 in Oberhausen. Eine Rückkehr in die Ukraine aber auch in andere EU-Staaten, wird dokumentiert. Einige wenige sind aber einfach nicht mehr „auffindbar“, eine 100 %-ige Kenntnis ist demnach nicht gegeben.

Frau Schulamtsdirektorin Lützenkirchen-Modro ergänzt für die Oberhausener Grundschulen, dass nicht der Status des Kindes elementar ist. Die meisten Grundschüler*innen verbleiben in Oberhausen. Es greifen die standardisierten Mittel im Rahmen der Schulpflichtüberwachung auch bspw. unter Einbeziehung des Jugendamtes.

Die Mitteilung wird ohne weitere Wortmeldung zur Kenntnis genommen.